

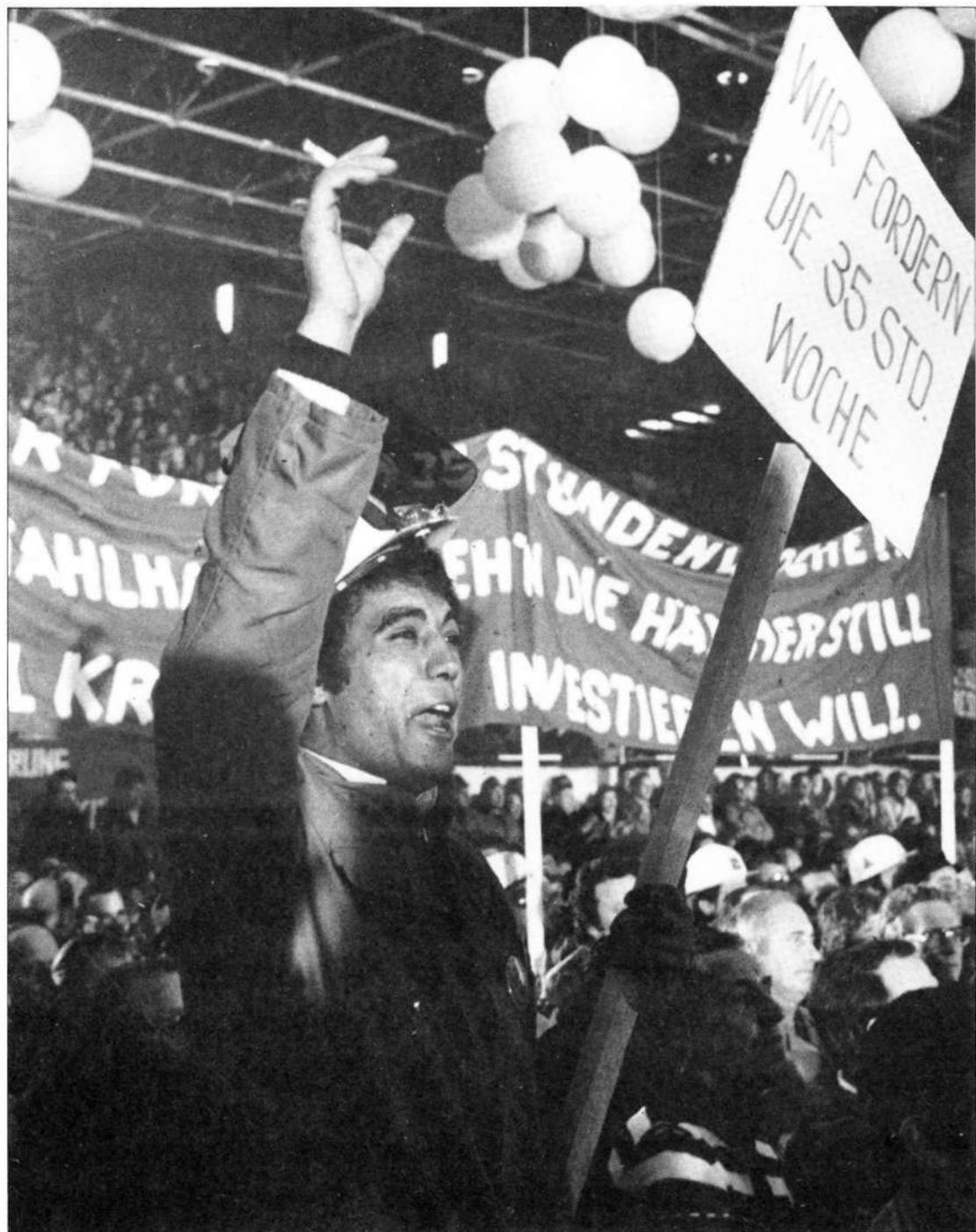
# REPORT

EG  
WAHL '79

Aufruf der DKP zu den Wahlen für das  
EG-Parlament am 10. Juni 1979

**Für ein Europa  
des Friedens,  
des Fortschritts,  
der Solidarität  
aller arbeitenden  
Menschen**





Tausende Stahlarbeiter bewiesen im vergangenen Jahr ihre Kampfkraft. Bei ihren Demonstrationen (unser Bild zeigt die Bochumer Aktion) forderten sie: Wer aussperrt, gehört eingesperrt.

# Für ein Europa

des Friedens, des Fortschritts,  
der Solidarität aller arbeitenden  
Menschen!

Die Deutsche Kommunistische Partei ist stets für die Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents im Geiste des Friedens, der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Kennenlernens eingetreten. Darum ist unser Kampf auf die Veränderung der Politik in der Bundesrepublik gerichtet. Wir wollen eine Wende hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt in unserem Lande. Im Interesse unseres Volkes und weil nur so die Bundesrepublik Deutschland eine geachtete und positive Rolle im Leben der Völker einnehmen kann.

Wir Kommunisten der Bundesrepublik sind für europäische Lösungen, aber sie müssen den arbeitenden Menschen dienen und nicht den multinationalen Konzernen. Wir sind für europäische Zusammenarbeit, aber sie muß dem Frieden dienen, sie muß den arbeitenden Menschen soziale und demokratische Freiheitsrechte gewähren und nicht den Konzernen und dem Rüstungskapital die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung in den EG-Staaten.

Die Deutsche Kommunistische Partei beteiligt sich darum an den Wahlen für das EG-Parlament mit klaren Zielen:

Dem Zusammenschluß multinationaler Konzerne in der EG die Alternative der solidarischen Zusammenarbeit der arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Ländern Westeuropas entgegenzustellen!

Das Westeuropa der NATO und der Hochrüstung durch ein Europa des Friedens, der Sicherheit, des sozialen Fortschritts und der Zusammenarbeit zwischen allen Völkern unseres Kontinents zu überwinden.

Dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vormachtstreben des Imperialismus der Bundesrepublik entgegenzutreten, die nationalen Interessen der EG-Länder gegen Militär- und Wirtschaftsdiktate des US-Imperialismus zu verteidigen!

Die Lebensinteressen des Volkes der Bundesrepublik, insbesondere die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Bauern und der jungen Generation unseres Landes zu schützen!

# Solidarität

## der Völker gegen Hochrüstung und für Entspannung!

In unserem Volk wurde die Hoffnung geweckt, daß mit der EG der Frieden sicherer werde. Doch der von reaktionären Politikern forcierte politische Zusammenschluß ist dem aggressiven Konzept der NATO unterworfen. In diesem Westeuropa zwingt die NATO unter dem Oberbefehl eines Generals aus den USA den Staaten immer gewaltigere Rüstungslasten auf. Viele Hunderte Milliarden verschlingt alljährlich die Hochrüstung, die den Frieden nicht sicherer macht, sondern gefährliche Spannungen erzeugt, die Gefahr einer atomaren Katastrophe heraufbeschwört, die der Schlußakte von Helsinki widerspricht und den Völkern Milliardenbeiträge für die Lösung sozialer Probleme entzieht.

Das Westeuropa der Hochrüstung wird von uns Kommunisten bekämpft. Wir wollen, daß der Frieden auf unserem Kontinent sicher und die Entspannung unumkehrbar gemacht wird. Das ist notwendig, denn die Gefahr eines Krieges ist auf unserem Kontinent noch nicht endgültig gebannt. Das beweisen die Anstrengungen der Rüstungskonzerne und der ihnen verbundenen politischen Kräfte, das beweisen immer neue Aggressionspläne der NATO. Darum fordern wir die Einstellung der Hochrüstung. Darum sind wir für die friedliche Zusammenarbeit aller Staaten in

Europa, auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Darum geht die DKP mit diesen Forderungen in den Wahlkampf für das EG-Parlament:

Für einen wirksamen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung!

Für den Stopp der Neutronenbombe!

Für die Ablehnung neuer milliardenschlingender Waffensysteme, wie sie das AWACS-Projekt darstellt!

Schluß mit der Unterordnung der Bundesrepublik unter die strategischen Ziele der USA und des Pentagons und Ablehnung des Langzeitprogramms der NATO!





Auf dem internationalen Forum gegen die Neutronenbombe in Amsterdam waren die europäischen Nationen sich einig: Achtet die Bombe.



Unsere europäischen Nachbarn sind für solche Bilder dankbar: Ehemalige KZ-Häftlinge demonstrieren gemeinsam mit jungen Bundeswehrsoldaten.

# Solidarität

## der Arbeitenden gegen die Monopole!

In unserem Land wurden Hoffnungen genährt, die EG würde zu sozialen Erleichterungen, zu mehr Gerechtigkeit führen. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Der wirtschaftliche Zusammenschluß in der EG wird bis zur Stunde von den großen multinationalen Konzernen beherrscht. Diese dem internationalen Großkapital unterworfenen EG-Staaten zählen heute mehr als 5 Millionen Arbeitslose, darunter eine Million Jugendliche ohne Arbeit, zählen viele Millionen entrechteter Frauen.

In diesen kapitalistischen Staaten werden ausländische Arbeiter wie Menschen dritter Klasse behandelt. In diesem Teil Europas steigen die Preise, die Lebenshaltungskosten, die Steuern, die Mieten, und die Massenkauflkraft sinkt. Die EG war ein Riesengewinn für die großen Konzerne, die Milliardenprofite aus der arbeitenden Bevölkerung preßten.

Zu diesem Westeuropa sagen wir Kommunisten Nein!

Wir wollen ein Westeuropa der Arbeitersolidarität. Der gemeinsamen Aktionen der Gewerkschaften für wirkliche Mitbestimmung. Der Arbeitersolidari-

tät für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für die Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Ein Westeuropa ohne Aussperrung und ohne Frauendiskriminierung. Ein Westeuropa der Achtung und der Menschenwürde für jeden ausländischen Arbeiter.

Darum geht die DKP mit diesen Forderungen in den Wahlkampf für das EG-Parlament:

Für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik und damit für wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!

Für das sofortige Verbot der Aussperrung in der Bundesrepublik. Der grundgesetzwidrige Machtmißbrauch durch die Großkonzerne muß gesetzlich beendet werden!

„GK“



Für das Recht auf Arbeit und  
Ausbildung!

Für wirksame Mitbestimmungs-  
rechte der Arbeiter und Ange-  
stellten und ihrer Gewerkschaf-  
ten in allen Bereichen der Ge-  
sellschaft!

Für die Sicherung der Zukunft  
der jungen Generation durch  
Ausbildungs- und Arbeitsplätze!

Für die volle Gleichberechtigung  
der Frauen in Betrieb, Staat und  
Gesellschaft!

Wie hier in Dort-  
mund unter-  
strichen die Aktionen  
der DGB-Jugend:  
über die Grenzen  
hinweg, Solidari-  
tät macht stark!





Der erste Stahlarbeiterstreik seit 50 Jahren.



In Thionville (Frankreich) trafen sich im letzten Jahr Stahlarbeiter aus fünf Ländern, um Maßnahmen gegen den Arbeitsplatzabbau zu beraten.



et

Jugendliche sind besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Wahlspruch: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt.



Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, und der stellvertretende Vorsitzende der DKP, Hermann Gautier, besuchen die streikenden Hoesch-Arbeiter.



# Solidarität

der Demokraten gegen Berufsverbote,  
gegen Neonazis und für die Verwirk-  
lichung der Menschenrechte!

Die Hoffnung von Millionen Menschen in den westeuropäischen Staaten, durch gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis zu guter Nachbarschaft zu gelangen, wird von der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik in höchstem Maße in Frage gestellt. Unruhe bei unseren Nachbarvölkern über anwachsende neofaschistische Umtriebe in der Bundesrepublik. Unruhe bei unseren Nachbarn über den rapiden Verfall von Verfassungsrechten in der Bundesrepublik. Unruhe über Berufsverbote, über brutale Aussperrungsmaßnahmen, über bedrohlich ansteigenden Nationalismus.

Das „Modell Deutschland“, mit dem die politische Führung der Bundesrepublik unsere westeuropäischen Nachbarvölker „beglücken“ will, beschwört im Ausland wie im eigenen Land die Vergangenheit herauf und weckt Alpträume.

Darum geht die DKP mit diesen Forderungen in den Wahlkampf für das EG-Parlament:

Das Berufsverbot in der Bundesrepublik muß fallen! Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb!

Die Bundesrepublik muß von neonazistischen Umtrieben befreit werden. Eine Verjährung von Naziverbrechen darf nicht zugelassen werden!

Die Verfassungsaufträge des Grundgesetzes nach freier Berufswahl, nach Gleichberechtigung der Frauen, nach Einschränkung des Machtmißbrauchs der Konzerne müssen Verfassungswirklichkeit werden.

Das Demonstrationsrecht muß geschützt werden, das Streikrecht unangetastet bleiben.

Das elementare Menschenrecht, das Recht auf Arbeit und Bildung, muß garantiert werden.

Auf der Straßburger Konferenz gegen Berufsverbote waren sich die Demokraten der Bundesrepublik mit ihren Nachbarn einig: Das Berufsverbot muß weg.



QUE

**A bas les  
Bonifisverbote!**

APPEL AU PARL  
POUR LES RESPECT DE



# Solidarität

## der Werktätigen gegen die Lebensmittelkonzerne!

Millionen Verbraucher und Hausfrauen in unserem Land hofften, durch den westeuropäischen Agrarmarkt Vorteile zu erhalten. Aber die Lebensmittelpreise stiegen trotz riesiger Butterberge, trotz Schweine-, Milch- und Rinderbergen. Die Werktätigen zahlten drauf, und Milliarden an Steuergeldern wurden aus ihnen herausgepreßt. Zur Finanzierung eines Agrarmarktes, der die Klein- und Mittelbauern in den Ruin treibt, der die Verbraucher ausnimmt und der allein die Lebensmittelkonzerne, die Düngemittelkonzerne, die Landmaschinenindustrie steinreich machte.

Die landwirtschaftliche Überproduktion wird vernichtet, während in Asien, Afrika und Lateiname-

rika Millionen Menschen verhungern. Der westeuropäische Agrarmarkt in seiner jetzigen Form ist ein unsoziales und unmoralisches System, das allein den unstillbaren kapitalistischen Drang nach Superprofiten stillt.

Darum geht die DKP mit diesen Forderungen in den Wahlkampf für das EG-Parlament:

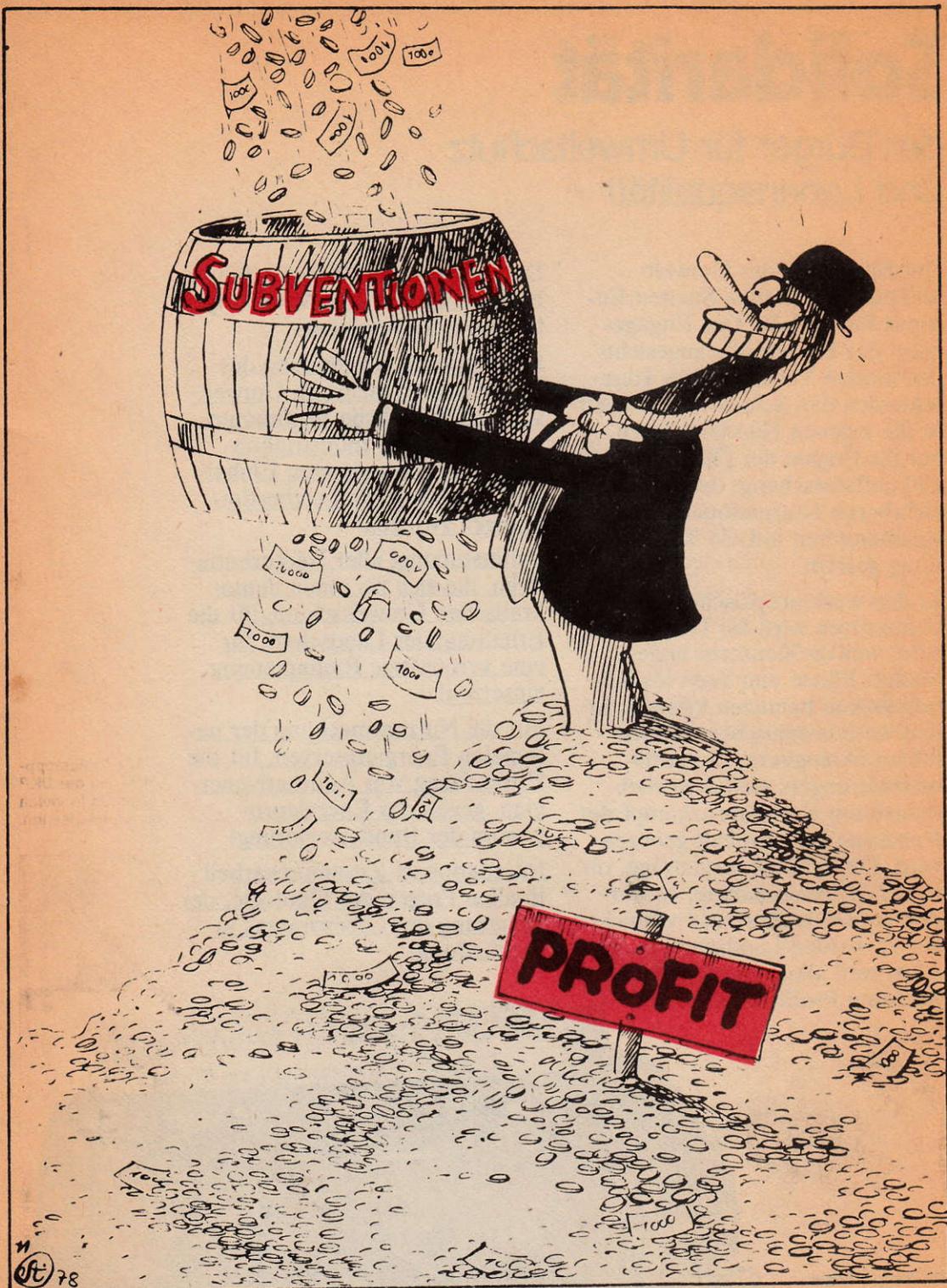
Ausreichende Erzeugerpreise für die Bauern! Stabile Nahrungsmittelpreise für die Endverbraucher!

Schutz der Klein- und Mittelbauern vor dem Preisdiktat der Monopole.

Preiskontrolle für alle Großhandelsunternehmen und die Lebensmittelkonzerne.

Die Preisstopp-Aktionen der DKP erregten in vielen Städten Aufsehen.





ein Fuß ohne Boden

# Solidarität

## der Bürger für Umweltschutz und Lebensqualität!

Die Bewegung der Umweltschützer hat in allen Staaten Europas Fuß gefaßt. Das Engagement der Bürger, die angesichts des totalen Versagens der Herrschenden den Schutz der Umwelt in die eigenen Hände nahmen, hat die Fragen der Ökologie, der Zukunftsforschung, der unverzichtbaren internationalen Zusammenarbeit auf die Tagesordnung gesetzt.

In den westeuropäischen Industriezentren wird die Umwelt zerstört, weil die Konzerne ungehindert Flüsse und Seen als Abfallkloaken benutzen können. In den westeuropäischen Staaten fehlen ökologische Zukunftsorientierungen, weil dem rücksichtslosen Konkurrenzkampf der Konzerne kein Einhalt geboten wird. Ob in der Energiefrage, ob in der Strukturplanung, es werden nationale Reserven vernichtet, es werden Landschaften zerstört, weil allein das Gesetz des höchsten Profits entscheidet.

Darum geht die DKP mit diesen Forderungen in den Wahlkampf für das EG-Parlament:

Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips im Umweltschutz. Gesetzliche Bestimmungen müssen die Industriekonzerne zur konsequenten Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen zwingen!

Unterstützung aller Bürgerinitiativen, die sich für einen demokratischen Umweltschutz, für die Erhaltung der Landschaft, für eine vernünftige Raumplanung einsetzen!

Für die Nutzbarmachung der nationalen Energiereserven, für die Erforschung von Alternativenergien, gegen das Energieprogramm der Bundesregierung!

Internationale Zusammenarbeit in allen Fragen der Ökologie, der Sicherung des Lebensraums in Westeuropa!

Mit diesem Wagen ist die Umweltschutzkommission der DKP ständig im Einsatz.



Die strickenden Winzerfrauen wurden bei der Besetzung eines Baugeländes (Elsaß) fotografiert. Bauern und Arbeiter von beiden Seiten der Grenze wehrten sich gegen den Bau einer Bleihütte in Markolsheim (Elsaß).



Seit die DKP existiert, ist sie zur Stelle, wenn es um Umweltschutz geht.



# Solidarität

## der Millionen gegen die Millionäre!

Die DKP führt ihren EG-Wahlkampf gegen die Politik aller das großkapitalistische System tragenden Parteien in der Bundesrepublik. Die DKP kämpft für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in der Bundesrepublik, kämpft für eine Veränderung der Macht- und Besitzverhältnisse in unserem Land, weil nur so die Bundesrepublik eine geachtete und positive Rolle im Leben der Völker spielen kann. Ganz anders die im Bundestag vertretenen und das Monopolkapital tragenden Parteien, die mit demagogischen Euro-Parolen auftreten.

Die CDU zieht mit der Parole „Politik für die Freiheit – Glück für die Menschen“ in den EG-Wahlkampf. Freiheit für die multinationalen Konzerne und Aussperrung für die Arbeiter, Glück für die Rüstungsmonopole und Abbau demokratischer Rechte, Einschränkung der Gewerkschaften – das ist die eine Konzeption der erzkonservativen Partei, der CDU. Der andere Flügel der Monopolpartei, die CSU, tritt mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ an. Hier wird die Kampfansage gegen die Arbeiterbewegung unseres Landes und der anderen westeuropäischen Staaten noch deutlicher formuliert. Es ist das Programm des gesellschaftlichen Rückschritts, der Reaktion. Sowohl CDU als auch CSU wollen das vom deutschen Imperialismus beherrschte Westeuropa,

wollen den militant antisowjetischen Kurs, wollen die zügellose Hochrüstung.

Die FDP, in Widersprüchen zerrissen, nimmt gesellschaftspolitisch die Positionen der CDU/CSU ein mit besonderer Betonung der antigewerkschaftlichen Politik im westeuropäischen Rahmen. Auch diese Partei bietet den arbeitenden Menschen in unserem Land nicht die Spur einer annehmbaren Alternative.

Die SPD hat sich auf ihrem Europa-Parteitag für die 35-Stunden-Woche, für das Verbot der Aussperrung in den EG-Ländern ausgesprochen. So bemerkenswert diese Positionen auch sind, es stellt sich sofort die Frage: Warum wird die 35-Stunden-Woche und das Aussperrungsverbot nicht dort eingeführt, wo die SPD den Kanzler, diverse Minister und eine Reihe von Landesregierungen stellt? In der Bundesrepublik wird die 35-Stunden-Woche von der Bundesregierung bekämpft und die Aussperrung toleriert. Aber die Nagelprobe jeglicher Europa-Forderung muß doch die Lage in der Bundesrepublik sein.

Wir Kommunisten sagen den Sozialdemokraten und den SPD-Wählern: Wenn sich in Westeuropa etwas ändern soll, dann muß damit in der Bundesrepublik begonnen werden. Ein Westeuropa der Arbeitersolidarität? Dafür sind wir, aber die Arbeiterso-

**Ob mit dem Vorsitzenden der portugiesischen Kommunisten, Alvaro Cunhal...**



**...oder mit George Marchais, dem Vorsitzenden der Französischen Kommunistischen Partei...**



**...Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, pflegt die Kontakte zu den Bruderparteien. Gemeinsam mit L. I. Breshnew, Generalsekretär der KPdSU, in der Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg...**



**... im Gespräch mit dem Generalsekretär der SED, Erich Honecker...**



**... und dem Generalsekretär der italienischen Kommunisten, Enrico Berlinguer: Die kommunistischen Parteien streben ein Europa des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts an.**



lidarität muß in der Bundesrepublik beginnen. Auch und gerade im Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Ein Westeuropa der gewerkschaftlichen Solidarität? Dafür sind wir, aber das heißt die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik stärken. Ein Westeuropa, das nicht mehr den multinationalen Konzernen ausgeliefert ist? Dafür sind wir, aber das heißt Kampf den Monopolen und ihrer Allmacht in der Bundesrepublik.

Wir, die Deutsche Kommunistische Partei, wollen nicht, daß das Schicksal unseres Landes und das der arbeitenden Bevölkerung der EG-Staaten weiterhin den multinationalen Konzernen ausgeliefert bleibt. Wir verstehen Solidarität als gemeinsames Handeln der Arbeiter, Angestellten, der arbeitenden und lernenden Jugend unseres Landes mit den Arbeitern und Demokraten der anderen Länder für gemeinsame Ziele. An der Arbeitslosigkeit, an der Jugendarbeitslosigkeit, an der Entrechtung der ausländischen Kollegen und der Frauen ist das Großkapital schuld. In allen Ländern Westeuropas. Also muß man gegen das Großkapital antreten. In der Aktion. In Streik-kämpfen für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. In Kämpfen für Lehrstellen und Ausbildungsplätze. In großen Bewegungen für Mitbestimmung der arbeitenden Menschen.

Die DKP ist Teil der weltweiten kommunistischen Bewegung, die

auch in Westeuropa eine große Rolle spielt. Die DKP hat ihre Positionen für den gemeinsamen Kampf der Völker in Westeuropa auf der Brüsseler Konferenz und der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas dargelegt, und sie verwirklicht konstruktiv die dort festgelegten Ziele. Die DKP hat die Initiative zur Ächtung der Neutronenbombe ergriffen, die DKP wirkt aktiv an der Zusammenarbeit der westeuropäischen Automobilarbeiter mit, sie nimmt an allen westeuropäischen Beratungen teil, die dem Ziel der Arbeitereinheit und des antimonopolistischen Kampfes dienen. Sei es die Stahlarbeiter-Konferenz in Thionville, seien es westeuropäische Treffen der Frauen, der Studenten, der Arbeiterjugend. Wir werden unsere guten Beziehungen zu unseren Bruderparteien in allen Staaten Europas in den Dienst des arbeitenden Volkes unseres Landes stellen.

Wer auf ein Europa der Arbeitersolidarität setzt; wer ein Europa des Friedens will; wer für ein Europa der Freiheit ist, in dem die elementarsten Menschenrechte gültig sind – der gibt der DKP am 10. Juni seine Stimme!





Ausländische Kollegen auf dem Mannheimer Parteitag: Sie wissen, daß die DKP fest an ihrer Seite steht.

Wir können jedem Wähler diese  
Versicherung geben:

Seine Stimme für die DKP ist  
eine Stimme gegen die Konzerne,  
ist eine Stimme für die Solidarität  
der arbeitenden Menschen!

Aufruf der DKP  
zu den Wahlen  
für das EG-Parlament  
am 10. Juni 1979

**Für ein Europa  
des Friedens,  
des Fortschritts,  
der Solidarität  
aller arbeitenden  
Menschen**

